

Debatte um Social-Media-Verbot unter 16

Die Nutzung sozialer Medien durch Kinder und Jugendliche rückt international stärker in den Fokus der Politik. Während einzelne Länder zu Verboten greifen, verfolgt Liechtenstein einen anderen Ansatz und setzt auf Medienkompetenz sowie Prävention.

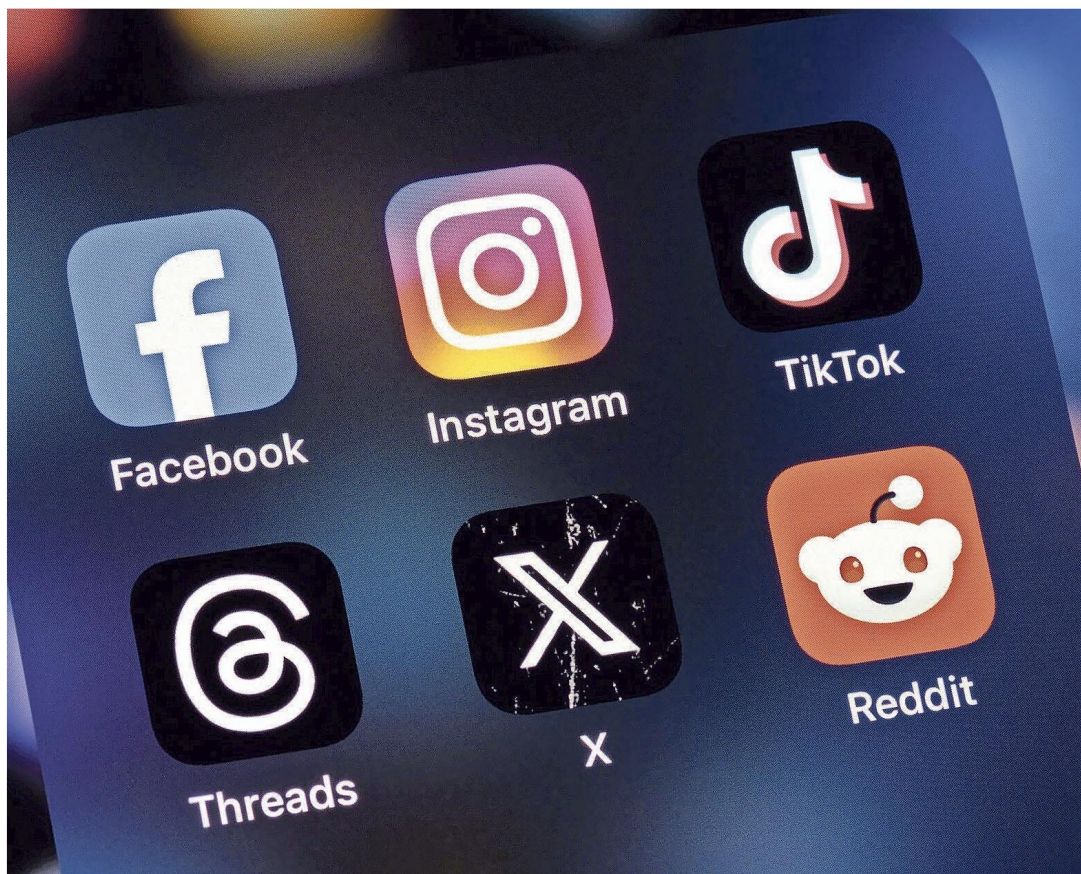
Eva Wenaweser

In mehreren Ländern wird derzeit über verbindliche Altersgrenzen für soziale Medien diskutiert oder diese wurden bereits eingeführt. Australien hat Ende 2025 als erstes Land weltweit ein Gesetz beschlossen, das Social-Media-Plattformen verpflichtet, Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren von dem Erstellen und Führen von Konten auszuschliessen. Es ist das erste Land weltweit mit einem solchen Verbot. Seit Inkrafttreten am 10. Dezember wurden nach Angaben der australischen Regierung mehr als 4,7 Millionen Accounts von Kindern und Jugendlichen deaktiviert, gelöscht oder eingeschränkt. Neue Konten für unter 16-Jährige sind nicht mehr möglich.

Wie die British Broadcasting Corporation (BBC) berichtet, wurden die Unternehmen aufgefordert, dafür mehrere Technologien zur Altersverifikation einzusetzen. Genannt wurden dabei Ausweisdokumente, Gesichts- oder Stimmerkennung und sogenannte «Altersabschätzungen», bei denen anhand des Onlineverhaltens und der Interaktionen das Alter einer Person geschätzt wird. Betroffen sind unter anderem Instagram, Facebook, Tiktok, Snapchat und YouTube, während Kurznachrichtendienste wie Whatsapp und der Facebook-Messenger ausgenommen sind.

Liechtenstein beobachtet Debatte in Nachbarländern

Auch in Europa gewinnt das Thema an Bedeutung. Das Oberhaus des britischen Parla-



Mehrere Länder diskutieren ein Social-Media-Verbot für unter 16-Jährige, Liechtenstein beobachtet die Entwicklung. Symbolbild: iStock

ments hat für ein Social-Media-Verbot für unter 16-Jährige votiert. In Frankreich stimmten die Abgeordneten der aktuellen Nationalversammlung mit 130 zu 21 Stimmen ebenfalls für ein Nutzungsverbot sozialer Netzwerke für Kinder und Jugendliche – in diesem Fall für unter 15-Jährige. So auch in Dänemark, wo sich die Regierung zusammen mit der Opposition darauf verständigte, eine nationale Altersgrenze von 15 Jahren für den Zugang zu bestimmten sozialen Medien einzuführen, um

Kinder und Jugendliche vor schädlichen Inhalten und Mediensucht zu schützen.

In Deutschland treibt unter anderem Daniel Günther, der CDU-Ministerpräsident Schleswig-Holsteins, die Debatte voran, zudem setzte die Bundesregierung im Herbst 2025 eine Expertenkommission ein.

Doch wie ist die Situation in Liechtenstein? Die Regierung teilt auf Anfrage mit, dass sie sich aktuell nicht mit der Frage eines Verbotes von Social Media für Jugendliche oder ver-

bindlicher Altersgrenzen befasse. «Grundsätzlich setzt die Regierung lieber auf Eigenverantwortung als auf Verbote.» Auch mit dem australischen Modell habe sich die Regierung nicht vertieft auseinandergesetzt. Die Debatte beobachte man jedoch, insbesondere in den Nachbarländern.

Statt auf Verbote legt die Regierung den Fokus auf Medien- und Digitalkompetenz. Entsprechende Massnahmen seien «immer sinnvoll». Dazu gehörten altersgerechte Bil-

dungsangebote in Schulen und in der ausserschulischen Jugendarbeit, die Förderung eines reflektierten Umgangs mit sozialen Medien sowie die Sensibilisierung für Datenschutz, Vergleichsdruck und psychische Gesundheit. Wichtig sei zudem die Unterstützung der Eltern, etwa durch Informations- und Beratungsangebote. In Liechtenstein bieten unter anderem das Aha und der Verein Kinderschutz entsprechende Workshops an.

Plattformregulierungen können ebenfalls sinnvoll sein, schreibt die Regierung auf Anfrage weiter und nennt als Beispiel verbindliche Schutzmechanismen bei den Anbietern, wie altersgerechte Voreinstellungen, eingeschränkte Kontaktmöglichkeiten, transparente und risikoarme Empfehlungsalgorithmen sowie effiziente Melde- und Löschverfahren für jugendgefährdende Inhalte.

Negative Auswirkungen auf die psychische Gesundheit

Im November des vergangenen Jahres betonte zudem Alexandra Schiedt, Präsidentin des Vereins Kinderschutz, in einem Interview mit dieser Zeitung die Risiken, die von Social Media und problematischem Handykonsum für Kinder und Jugendliche ausgehen. Bei der Nutzung von Smartphones «greifen dieselben Mechanismen ins Gehirn ein, die Kinder in die Sucht treiben», sagte Schiedt. Zudem schädige der problematische Konsum die Kinder in ihrer Entwicklung und könne sich ausserdem negativ auf die psychische Ge-

sundheit auswirken. Dabei stütze sich Schiedt auf diverse Studien und betonte die Wichtigkeit von Sensibilisierung und Medienkompetenz.

Auch im Dezember-Landtag wurde das Thema aufgegriffen: Die geführten Diskussionen zum Einfluss digitaler Medien auf die mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen hätten laut Regierung zur weiteren Sensibilisierung für den digitalen Jugendschutz beigetragen. Eine systematische Aufarbeitung im Sinne konkreter gesetzlicher oder strategischer Massnahmen sei bislang jedoch nicht erfolgt.

In diesem Zusammenhang würden unter anderem Positionen und Empfehlungen der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) berücksichtigt. Für Liechtenstein erscheine es sinnvoll, die im Landtag angesprochenen Aspekte im Rahmen der weiteren Arbeiten zur Jugendstrategie vertieft zu prüfen und internationale Erfahrungen einzubeziehen.

«Ziel ist es, eine fundierte Grundlage für mögliche zukünftige Massnahmen im digitalen Jugendschutz zu schaffen», heisst es in der Stellungnahme abschliessend. Internationale Entwicklungen werden zudem von der Fachgruppe Medienkompetenz sowie zuständigen Ämtern laufend verfolgt. Diese würden innerhalb der Fachgruppen und des Ministeriums diskutiert; bei Bedarf würden Themen aufgegriffen und entsprechende Massnahmen abgeleitet.

Weg aus der «digitalen Kolonie» führt über öffentliche Aufträge

Europa müsse bei der Software sofort selbstständig werden, appellierte Professor Harald Wehnes am gestrigen Campus Gespräch in Vaduz.

Auf den Smartphones aller Gäste, die sich Auditorium der Universität Liechtenstein befanden, lief entweder Android oder iOS. Diese Umfrage zu Beginn des Campus Gesprächs ist Beweis genug, dass die Menschen in Europa von Amazon, Microsoft oder Google abhängen – und sobald diese einem den Stecker ziehen, hat man ein Problem. Diese Macht wird bereits für Ausbeutungen und Drohungen genutzt. Eines der bekanntesten Beispiele: Im Mai 2025 konnte der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs nicht auf sein E-Mail-Konto zugreifen, nachdem Präsident Donald Trump Sanktionen gegen ihn erlassen hatte. Die Sperrung erfolgte mutmasslich durch Microsoft – denselben Anbieter, auf den auch Liechtensteins Landesverwaltung setzt.

Die aktuelle Strategie der US-Regierung ziele darauf ab, die amerikanischen Techkonzerne «in eine monopolartige Marktposition zu bringen und europäische Abhängigkeiten zu

zementieren», meinte Harald Wehnes. Der Professor am Institut für Informatik an der Universität Würzburg warnte gestern Abend das Publikum in Vaduz vor dieser Abhängigkeit. Der erste Schritt hin zur digitalen Souveränität bestehe darin, sich dieser Gefahr bewusst werden. «Eigentlich müssten wir Trump dafür danken, dass er uns wachgeküsst hat.»

Europa müsse eigene Kapazitäten ausbauen

Das öffentliche Auftragswesen ist laut Wehnes «der wirksamste Hebel», um dieser Herausforderung zu begegnen. Seine Empfehlung lautet: Regierungen und Verwaltungen dürften ihre kritischen IT-Infrastrukturen nicht mehr an US-Techkonzerne vergeben, sondern müssten auf eigene Open-Source-Software zurückgreifen, deren Codes sich von der Öffentlichkeit überprüft lassen. «Es gibt alternative Lösungen aus Europa, welche dieselben Funktionen haben und in gewissen Bereichen sogar besser sind», be-



Harald Wehnes referierte an der Uni Liechtenstein über «digitale Souveränität».

Bild: Nils Vollmar

tonte der Vortragende. Die öffentlichen Mittel müssten auf eigene Unternehmen statt auf die US-Konkurrenz gerichtet

werden. Damit würden sich die eigenen Angebote verbessern und die Wertschöpfung direkt vor Ort erfolgen, was zusätzli-

che Arbeitsplätze und mehr Unabhängigkeit schaffe. Wehnes wies darauf hin, dass die EU im vergangenen Jahr ein Rekord-

defizit von 148 Milliarden Euro in der Dienstleistungsbilanz mit den USA verzeichnete.

Der internationale Staatsgerichtshof entschied sich nach dem Vorfällen im vergangenen Jahr dafür, Microsoft durch ein deutsches Open-Source-Paket zu ersetzen. Dies könne gemäss dem IT-Experten als positives Vorbild für andere dienen. Die Umstellung auf neue Systeme erfordere zwar im ersten Augenblick einen Mehraufwand. Auf längere Sicht würden die Verwaltungen dadurch jedoch sparen, weil der Preis für die Software dann nicht mehr von Monopolisten bestimmt werde. Und nach und nach würde es auch für Unternehmen und Private attraktiver, auf europäische Lösungen umzusteigen, argumentierte der Wissenschaftler. «Zum Wohle unserer Kinder und Enkel müssen wir diesen Schritt hin zu digitaler Souveränität jetzt machen», betonte Harald Wehnes. Europa müsse sofort handeln: «Je länger wir warten, desto teuer wird es.» (gk)